

Dialog mit Tücken

Perus Bewohner sehen sich über Folgen des Bergbaus schlecht informiert. Seite 3



Ärzte sollen reden

Nach dem Flugzeugabsturz steht die Schweigepflicht zur Debatte. Seiten 4 und 5

Bilder: 123rf/classenlayouts [M], CC/Franz von Lenbach (r.)

Bismarck zum 200.

Der am 1. April 1815 geborene Kanzler betrieb eine kluge, weitsichtige Bündnispolitik, weiß Waltraut Engelberg. Seite 14



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 1. April 2015

70. Jahrgang/Nr. 77 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Killerdrohnen kommen

René Heilig wünscht sich zum Nein realistische Alternativen

Es ist ein großes Missverständnis, dass im Bereich des Verteidigungsministeriums nichts klappt – außer Türen. Im Schatten alter Pannenprojekte reift viel Neues mit weitreichenden Wirkungen. Geheim ist da nur wenig; wer wissen will, kann wissen. Und folglich reagieren.

Vor zwei Jahren hatte der damalige Inhaber der Befehlsgewalt Thomas de Maizière ganz offen bewaffnete Drohnen gefordert und moralische Bedenken weggefeht. Im Koalitionsvertrag ist das Ziel klar benannt. Im vergangenen Sommer sagte Ministerin von der Leyen: »Ich bin der Überzeugung, dass wir in die Entwicklung einer europäischen bewaffnungsfähigen Drohne einsteigen müssen.« Sie setzte zehn Jahre Entwicklungszeit an, wollte dafür Partner suchen. Jetzt kam die Vollzugsmeldung. Auch die Opposition weiß: Die Killerdrohnen werden kommen. Fragt sich also: Wie wird ihr Einsatz verhindert? Im Parlament und außerhalb.

Drohnen sind – wie alle Waffen – Mittel zum Zweck. Welche Ziele sie in der internationalen Arena verfolgt, will die Regierung jetzt ins neue Weißbuch schreiben und hat zur gesellschaftlichen Diskussion aufgerufen. Auch wenn die Linie vorgegeben ist, lohnt es, mit Alternativen zur aktuellen Unsicherheitspolitik gegenzuhalten. Wider Killerdrohnen, gegen eine Europa-Armee und die Aushebelung des Parlamentsvorbehalts. Es gibt viele und triftige Gründe, sich stärker einzumischen. Nicht nur mit der traditionell zur Osterzeit aufwühlenden moralischen Empörung.

UNTEN LINKS

Die Gewehre der Bundeswehr schießen daneben. Es wird an dieser Stelle ausdrücklich auf den hysterischen Unterton verzichtet, von dem die Nachricht sonst begleitet ist. Immerhin hat es fast 60 Jahre gedauert, bis überhaupt jemand etwas bemerkte. Im sogenannten Feld verhält es sich ja so: Wenn der Soldat anlegt, weiß er nie, ob er treffen wird. Und da die Waffen der Bundeswehr immerhin schießen, sich also ein Schuss löst, wenn man es darauf anlegt, gibt es auch Treffer. Irgendwo. Danach kommt es allein darauf an, wie der Soldat mit dem Ergebnis umgeht. Der eine wird fluchen, weil es daneben ging, vorzugsweise auf das Ziel. Der andere mag dazu neigen, die Schuld bei sich zu suchen. Der dritte schließlich wird genau jene Stelle zum Ziel erklären, die er getroffen hat. Die Waffe zum Problem zu erklären, ist etwas für Labile. Die auf Nummer sicher gehen wollen. Die sind eigentlich falsch in jeder Armee. Denn dort läuft nichts wie geplant. Und alles ohne Gewähr. uka

Knausrige Queen

Arbeitskampf bei Hofe: Windsor-Beschäftigte wehren sich gegen Niedriglöhne



Außen hui, innen pfui: Ein Bediensteter poliert eine königliche Kutsche.

Foto: Reuters/Sean Dempsey

Berlin. Es gibt Staaten, die sich neben der Regierung noch einen Präsidenten leisten, den sie kostenlos in einem Schloss wohnen lassen. Als Gegenleistung muss er Ruck-, Durchhalte- und sonstige Reden halten, sollte die Benimmregeln beachten und darf möglichst nicht vor Ablauf der vereinbarten fünf Jahre beleidigt ausziehen. Es gibt aber auch Staaten, denen das zu langweilig ist. Sie heuern statt des meistens etwas langweiligen Präsidenten eine bunte Unterhaltungstruppe an, deren Aufgabe es ist, Fantasiekostüme spazieren zu tragen und dabei einem betont schrulligen Lebenswandel zu frönen.

In Großbritannien wurde dafür extra ein Freizeitpark namens Windsor errichtet, wo das Volk die Darsteller aus nächster Nähe beobachten kann. So einen Monarchistenstadl in Gang zu halten kostet. Diener, Köche, Zughelfer, Gärtner, Aufpasser und weitere Fachkräfte werden gebraucht, damit das Ganze echt wirkt. An deren Entlohnung aber spart die Betreiberfamilie – umgerechnet rund 20 000 Euro Jahresgehalt verdienen laut Zeitungsberichten beispielsweise Berufsanfänger und liegen damit unterm Existenzminimum. Bisher haben die Mitarbeiter das magere Salär hingenommen, nun aber reicht es denen,

die gewerkschaftlich organisiert sind: Weil sie zusätzliche Pflichten ohne zusätzliche Bezahlung erfüllen sollen, stimmen sie derzeit erstmals über Arbeitskampfmaßnahmen ab. Und das kurz vor Ostern, wenn die Hauptdarstellerin, bekannt als »The Queen«, auf Windsor weilt, und mitten im britischen Wahlkampf.

»Dürfen die denn das?« fragte früher einmal ein Kaiser, als eine Revolution begann. »Macht doch euern Dreck alleine!« knurrte ein anderer Potentat bei der Abdankung. So weit ist es auf Schloss Windsor noch längst nicht. »The Queen« soll ihre Leute einfach nur anständig bezahlen. Mehr nicht. wh

Die Zeit läuft für Griechenland und die EU

Tsipras will »ehrlichen Kompromiss« / Ratspräsident Tusk hält Einigung bis Ende April für möglich

Die EU-Institutionen prüfen weiter die Pläne der griechischen Regierung. Der Zeitpunkt für eine Einigung wird von der EU weiter hinausgezögert.

Von Katja Herzberg

Die Eurogruppe kommt an diesem Mittwoch wieder zum Zuge. Das ist diesmal aber offenbar kein Grund zum Zittern. Bevor sich die Arbeitsgruppe in Brüssel mit der Reformliste der Regierung von Alexis Tsipras befasst, waren am Montagabend die direkten Gespräche mit den Geldgebern zu Ende gegangen. Sie hätten »in einem sehr guten Klima« stattgefunden, erfuhr die Deutsche Presse-Agentur. Die Vertreter Griechenlands hätten den Kontrollleuten ihre Vorschläge im Detail erklärt und Fragen beantwortet. Es sei vereinbart worden, dass die Kontrollen in Athen von der »Finding Group« des Internationalen Währungsfonds, der Europä-

ischen Zentralbank und der EU-Kommission fortgesetzt werden.

Der griechische Premier hatte am Montagabend im Parlament in Athen noch einmal die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen betont. »Wir suchen einen ehrlichen Kompromiss mit unseren Partnern«, sagte Tsipras. Er habe eine »reelle« Liste vorgelegt, die aus Griechenland ein »modernes« Land machen werde. Der Regierungschef nannte als Beispiele den Kampf gegen den Zigaretten- und Benzinschmuggel, gegen die Unterschlagung der Mehrwertsteuer sowie eine Überprüfung von Auslandsguthaben. Er forderte erneut eine Neuverhandlung der griechischen Schuldenlast, die derzeit 177 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt. Ohne diese sei »die Rückzahlung unmöglich«, sagte Tsipras.

EU-Ratspräsident Donald Tusk erklärte derweil, vor Ostern rechne er nicht mehr mit einer Einigung. Die Prüfung der Athener

Vorschläge sei »sehr komplex«. Er hoffe, »dass wir bis Ende April ein Abkommen erreichen werden, das erscheint mir möglich«.

Die Gläubiger verlangen, dass Athen vor der Freigabe weiterer Gelder eine detaillierte Liste mit

»Dass wir bis Ende April ein Abkommen erreichen werden, das erscheint mir möglich.«

Donald Tusk, EU-Ratspräsident

Reformvorhaben vorlegt. Ohne das Geld droht Griechenland bald die Zahlungsunfähigkeit.

Die SYRIZA-geführte Regierung kündigte indes an, die Beziehung zu Russland erneuern zu wollen. Nach einem früher »frostigen Verhältnis« strebe er einen

»Frühling« an, sagte Tsipras gegenüber der russischen Agentur TASS. Bei seinem Besuch in Moskau in einer Woche gehe es für Athen unter anderem um den Export von landwirtschaftlichen Produkten, die derzeit von einem russischen Einfuhrstopp wegen der Ukraine-Krise betroffen sind. Die so entstandenen Verluste der griechischen Wirtschaft werden auf rund 430 Millionen US-Dollar geschätzt. Tsipras sprach zudem von engeren kulturellen Beziehungen sowie dem Tourismus und der Kooperation im Energiebereich.

Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande zeigten sich unbeeindruckt. Athen wisse, »dass Europa das Schicksal Griechenlands ist«, sagte Hollande am Dienstag nach deutsch-französischen Regierungsgesprächen in Berlin. Merkel sagte: »Wir waren ja auch schon in Moskau und sind trotzdem Mitglieder der Europäischen Union.« Mit Agenturen Seite 8

Europaprojekt zum Bau von Kampfdrohnen

Zwischenlösung noch in diesem Jahr

Berlin. Die gemeinsame Entwicklung einer bewaffnungsfähigen Drohne war als Thema der am Dienstag veranstalteten deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Berlin aufgerufen. Vorab hatte die Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder Verteidigungs- und Haushaltsexperten darüber informiert, dass noch in diesem Jahr eine erste Vereinbarung über das MALE-Projekt unterzeichnet werden soll. Die mittelgroße Drohne soll bis zum Jahr 2025 entwickelt werden. Angestrebt ist ein europäisches Projekt, neben Deutschland und Frankreich soll Italien von Anfang an beteiligt sein.

Die Bundeswehr verfügt in diesem Roboter-Segment derzeit über von Israel geleaste Aufklärungsdrohnen. Die Heron I gehört zu einer älteren Generation und wird in Afghanistan eingesetzt. Weil die Bundeswehr nach Überzeugung des Verteidigungsministeriums aber für kommende Auslandseinsätze dringend Kampfdrohnen braucht und der Einsatz einer vermutlich von Airbus zu bauenden unbemannten Plattform noch gut zehn Jahre dauern wird, bleibt Deutschland beim System der Zwischenlösung. Man will in Israel oder den USA Maschinen mieten oder kaufen. Wer den Zuschlag erhält, soll gleichfalls noch in diesem Jahr entschieden werden.

In der vergangenen Woche hat der Haushaltsausschuss weitere Mittel für Heron I freigegeben. Damit wird die sogenannte SAATEG-Zwischenlösung bis 2016 mit einer Option für 2017 verlängert. hei Seite 6

Irakische Truppen befreiten Tikrit aus der Gewalt des IS

Großoffensive dauerte vier Wochen

Tikrit. Rund vier Wochen nach Beginn einer Großoffensive haben irakische Armee und Milizen die strategisch wichtige Stadt Tikrit aus der Gewalt der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) befreit. Irakische Kräfte hätten Tikrit vollständig unter Kontrolle gebracht, erklärte Ministerpräsident Haidar al-Abadi am Dienstag nach Angaben der Nachrichtenseite Al-Sumaria.

Die Stadt rund 170 Kilometer nördlich von Bagdad liegt an einer Verbindungsstraße zwischen der Hauptstadt und der IS-Hochburg Mossul. Der Kampf um Tikrit gilt auch als Test für einen geplanten Angriff auf die Großstadt im Norden Iraks.

Armee und schiitische Milizen hatten Anfang März ihre Großoffensive auf Tikrit mit 30 000 Mann begonnen. Die USA und ihre Verbündeten hätten den Kampf mit Luftangriffen zuletzt unterstützt, hieß es weiter.

Zunächst hatte sich die internationale Koalition nicht an der Offensive beteiligt. Erst nachdem der irakische Vormarsch ins Stocken geraten war, bat die Regierung des Landes um Luftunterstützung. Die beteiligten schiitischen Milizen kritisierten das Eingreifen der Koalition jedoch. Die bewaffneten Gruppen sind eng mit dem ebenfalls schiitischen Iran verbunden. Agenturen/nd

Lesen Sie heute im Ratgeber

Ist die energetische Sanierung von Gebäuden ohne steuerliche Anreize unwirtschaftlich?

Fragen & Antworten zur Berufsunfähigkeitsversicherung

Können Rentner Arbeitszimmer von der Steuer absetzen?

ISSN 0323-3375

